



HESSISCHER LANDTAG

11. 05. 2022

Plenum

Dringlicher Entschließungsantrag

**Fraktion der CDU,
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

**Agieren des Rhön-Vorstands verantwortungslos gegenüber Beschäftigten und
gesamter Region – Einigung zur Anschlussvereinbarung für das UKGM nur
auf Grundlage des Letters of Intent möglich**

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag stellt fest, dass die Meldung des Vorstands der Rhön-AG vom 09.05.2022 zur möglichen Kündigung der Absichtsvereinbarung mit dem Land Hessen von 2017 wenig vertrauensbildend für die weiteren Verhandlungen zur Umsetzung des Letters of Intent ist und insbesondere eine große Verunsicherung bei den Beschäftigten des UKGM verursacht. Der Landtag kritisiert das Vorgehen des Rhön Vorstands, während der noch laufenden Verhandlungen mit dem Land im Alleingang an die Öffentlichkeit zu treten und auf diese Weise zu versuchen, auf dem Rücken der Betroffenen vor Ort Druck auf das Land auszuüben.
2. Der Landtag bekräftigt seinen Beschluss der Drucksache 20/7735 zum Letter of Intent vom 03.02.2022. Er unterstützt die Landesregierung weiterhin bei ihrem Ziel, mit einer Anschlussvereinbarung zum Zukunftspapier von 2017 am UKGM eine fortlaufende Verbesserung der Gesundheitsversorgung, der Bedingungen für Forschung und Lehre sowie der Arbeitsbedingungen zu unterstützen sowie Sicherheiten für die Beschäftigten zu erhalten. Der Landtag fordert die Rhön-AG auf, sich an die im Kooperationsvertrag, im Zukunftspapier von 2017 und im Letter of Intent vom Februar getroffenen Vereinbarungen und Absichtserklärungen zu halten und konstruktiv an der Umsetzung des Letters of Intent zur Anschlussvereinbarung mitzuwirken.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 11. Mai 2022

Für die Fraktion
der CDU
Die Fraktionsvorsitzende:
Ines Claus

Für die Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Der Fraktionsvorsitzende:
Mathias Wagner (Taunus)